

Fragenkatalog zur Anhörung „Regulierung des Prostitutionsgewerbes“ am 12.06.2014

Allgemeine Hinweise: Bitte nutzen Sie den untenstehenden Fragekatalog für Ihre Stellungnahme und senden Sie Ihre Stellungnahme bitte per E-Mail bis spätestens am 02.06.2014 an: veranstaltung@bafza.bund.de. Für technische oder organisatorische Rückfragen steht Ihnen Frau Svenja Hopka (Tel.Nr. 030/2061375 13 BAFzA Veranstaltungsmanagement) zur Verfügung; bei inhaltlichen Rückfragen können Sie sich auch an das zuständige Fachreferat im BMFSFJ, 403@bmfsfj.bund.de oder an Frau Niebuer, 03018 555 2867 wenden.

Der Fragebogen richtet sich an unterschiedliche Fachkreise; beantworten Sie jeweils die Fragen, durch die Sie sich angesprochen sehen. Für weiterführende Fragen und Bemerkungen ist am Ende des Fragebogens Raum gelassen.

A.	<p>Ziele und Regelungsbereiche eines Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes:</p> <p>Was sind die wichtigsten Ziele und die wichtigsten Regelungsbereiche eines Gesetzesvorhabens zur Regulierung von Prostitution? Welche Auswirkungen erwarten Sie von einem solchen Gesetz?</p> <p>Obgleich wir es grundsätzlich begrüßen, dass im Jahr 2002 das ProstG in Kraft getreten ist, sehen wir in einigen Bereichen Nachbesserungsbedarf. Von besonderer Bedeutung ist dabei unter der Berücksichtigung der Arbeit mit der mann-männlichen Prostituierten die Tatsache, dass das Gesetz aus unserer Perspektive nicht bei der Zielgruppe „angekommen“ ist. Zudem scheint es eher weibliche Prostituierte zu assoziieren, wenn dem Wortlaut des Gesetzes und den dazugehörigen Begründungen gefolgt wird.</p> <p>Gesetze und Verordnungen wirken sich in der Regel nicht nur auf die Betroffenen selbst aus; sie prägen auch die gesellschaftlichen Entscheidungskriterien von dem, was falsch und was richtig ist. Im Kontext der Erbringung sexueller Dienstleistungen erscheinen die gesellschaftlichen Ressentiments gegenüber der Zielgruppe der (mann-männlichen) Prostituierten noch immer als sehr wirkmächtig.</p> <p>Um die ursprünglich intentionierte Anerkennung der Sexarbeit als Beruf weiter zu verfolgen, sollten die Gesetze nicht im Zusammenhang des Strafrechtes, sondern wie anderen Branchen auch üblich, unter der Folie des Arbeits- und Vertragsrecht betrachtet werden. Die Möglichkeit, ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis einzugehen, ist prinzipiell eine sinnvolle und folgerichtige Schlussfolgerung im Sinne der Abschaffung der Sittenwidrigkeit, gleichwohl spiegelt sie nicht die realistischen Arbeitsbedingungen in der</p>
----	---

	<p>Prostitution wider.</p> <p>Daher gilt es aus unserer Perspektive, Sondergesetze zu streichen und in einem partizipativen Dialog mit Sexarbeiter_innen die bestehen Regelungen zu überarbeiten.</p> <p>Der Aspekt der Prostitution von Armutsmigrant_innen kann unseres Erachtens kaum mit Hilfe des Prostitutionsgesetzes gelöst werden. Vielmehr besteht in diesem Kontext ein genereller Regelungsbedarf, der ebenso andere Arbeitsbereiche (z. B. Baugewerbe, Gastronomie etc.) betrifft.</p>
B.	<p>Anwendungsbereich des Gesetzes:</p> <p>Welche Angebotsformen von sexuellen Dienstleistungen bzw. Dienstleistungen und Betrieben im Umfeld von Prostitution sollen durch das Gesetz erfasst werden? Welche nicht?</p> <p>S.U.</p>
C.	<p>Regelungen für Prostitutionsstätten und ähnliche Betriebe:</p>
C.I.	<p>Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten und ggf. weitere Formen des Prostitutionsgewerbes</p> <p>Welche Angebotsarten sollten als Prostitutionsstätte einer Erlaubnispflicht unterstellt werden?</p> <p>Sollte eine Erlaubnispflicht neben Bordellen und ähnlichen festen Betriebsstätten auch für weitere Formen des Prostitutionsgewerbe gelten (z.B. Escort- Agenturen, Wohnmobil-Prostitution, Prostitutions-Veranstaltungen)?</p> <p>Welche Regelung sollte für die Wohnungsprostitution gelten?</p> <p>Welche Voraussetzungen sollten für die Erteilung einer Erlaubnis gelten – ggf. abgestuft nach Angebotsformen?</p> <p>Sollte für bestimmte Betriebsformen / Angebote im Bereich der Prostitution anstelle einer Erlaubnispflicht eine Überwachungspflicht nach dem Vorbild von § 38 GewO normiert werden? Wenn ja, für welche?</p> <p>Die Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten sollte durch das Gewerberecht geregelt werden.</p> <p>Im Bereich der mann-männlichen Prostitution halten wir die Erlaubnispflicht für Bordelle und bordellähnliche Betriebe für sinnvoll. Eine Erlaubnispflicht für Escort-Agenturen im Bereich der männlichen Prostitution halten wir für abwegig, da es im Sinne einer Agentur liegt, dass sexuelle Dienstleistungen dort nicht erbracht sondern lediglich koordiniert werden.</p> <p>Aufgrund unserer Erfahrungen findet der Großteil der sexuellen Dienstleistungen von männlichen Prostituierten in der eigenen Wohnung des Anbieters, im Hotel oder der Wohnung des Freiers statt. Sofern die sexuelle Dienstleistung in der Wohnung des Anbieters</p>

	<p>stattfinde, sind dort in der Regel keine weiteren anderen Prostituierten tätig. Eine Regulierung der eigenen Wohnung halten wir für einen im Sinne des Persönlichkeitsrechts zu weit gehenden Eingriff und lehnen diesen ab. Gleichzeitig schützt Artikel 13 GG alle Räumlichkeiten, die einem Wohnzweck gewidmet wurden, somit kann das Gesetz nicht für privat angemieteten Wohnraum gelten, in dem der Sexarbeiter/die Sexarbeiterin ohne Befristung wohnt und arbeitet.</p>
C.II.	<p>Auflagen, fachgesetzliche Vorgaben, „Mindeststandards“ für Prostitutionsbetriebe</p> <p>In welcher Weise sollten (räumliche, gesundheitsbezogene, sicherheitsbezogene) Vorgaben an die Gestaltung von Prostitutionsstätten zum Schutz der im Sexgewerbe Tätigen bzw. ihrer Kunden sowie der Nachbarschaft, der Jugend, der Allgemeinheit geregelt werden? Welche Vorgaben sollten gesetzlich bzw. durch Verordnung geregelt werden, welche können ins Ermessen der ausführenden Behörden gestellt werden?</p> <p>In Übereinstimmung mit den Ausführungen der DAH sind wir ebenfalls der Meinung, dass Mindeststandards für Prostitutionsstätten sollten in enger Kooperation mit Sexarbeiter_innen, Betreiber_innen und zuständigen Behörden (z.B. Gesundheitsamt, Gewerbeamt und Baubehörden) formuliert und entwickelt werden. Entsprechende Expert_innen sind im Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen (BESD), im Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeit (bufaS) und im Arbeitskreis deutscher Stricherprojekte (AKSD) organisiert.</p> <p>An dieser Stelle erscheint uns der Hinweis auf die in unterschiedlichen Städten umgesetzte Selbstverpflichtungserklärung im Sinne eines „Gütesiegels“ von schwulen Szenewirten/-einrichtungen wie Schwulensaune, Sexkinos sinnvoll. Szenebetreiber verpflichten sich mit Unterschrift der Selbstverpflichtungserklärung Präventionsartikel wie Kondome, Gleitcreme und Latexanschuhe kostenlos an die Kunden/Besucher abzugeben. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass Präventionsmaterialien wie Info-Broschüren, Plakate, Postkarten, etc. ausliegen, eine Zusammenarbeit mit den örtlichen Präventionsprojekten stattfindet und das Personal an regelmäßigen Fortbildungsveranstaltungen zum Bereich HIV/STI teilnimmt. Die Kontrolle der Selbstverpflichtung wird unterschiedlich in den jeweiligen Städten durchgeführt. In der Stadt Essen erfolgt die Kontrolle über die Einreichung eines jährlichen schriftlichen Berichtes an das Gesundheitsamt der Stadt Essen. Die Präventionsbemühungen werden in einem gemeinsamen Arbeitskreis mit Gesundheitsamt, AIDS-Hilfe und Szenebetreibern mündlich erörtert und sofern keine Einwände der Teilnehmer erhoben werden, ist danach die Ausstellung eines Zertifikates möglich.</p>
C.III	<p>Untersagung bzw. Verbote</p> <p>Unter welchen Voraussetzungen soll der Betrieb eines Prostitutionsgewerbes untersagt werden können? Sollten Verbote vorgesehen werden?</p>

	In diesem Punkt schließen wir uns der Position der DAH an. Der Betrieb einer Prostitutionsstätte sollte untersagt werden, wenn die entsprechenden Anforderungen nicht erfüllt sind oder der Betreiber/ die Betreiberin dagegen verstößt. Es sollte die Möglichkeit bestehen entsprechende Mängel innerhalb einer Frist zu beheben oder zu ändern.
C.IV.	<p>Pflichten des Betreibers</p> <p>Welche Pflichten des Betreibers sollten geregelt werden?</p> <p>siehe C.II</p>
D.	Anzeige- /Anmeldepflicht für Prostituierte:
D.I.	<p>Sollten Prostituierte bzw. Personen, die sexuelle Dienstleistungen gewerblich anbieten wollen, verpflichtet werden, die Aufnahme ihrer Tätigkeit bei der zuständigen Behörde anzuzeigen? (ggf.: einmalig / bei jedem Ortwechsel/ bei Beendigung)?</p> <p>Die Anzeigepflicht besteht derzeit gegenüber dem Finanzamt (selbstständige Tätigkeit). Im Angestelltenverhältnis erfolgt eine Anmeldung durch den Arbeitgeber. Dies sollte beibehalten werden in dem Sinne, dass Sexarbeit als legale Erwerbstätigkeit ohne Sondergesetze behandelt wird.</p>
D.II.	<p>Wenn ja: Ausgestaltung der Anzeigepflicht:</p> <p>Sollte die Anmeldung mit einer Beratung /Information durch die zuständige Behörde bzw. damit betraute Stellen verknüpft werden?</p> <p>Aus unserer Sicht sollten Informationsmaterialien durch die Behörde vorgehalten werden. Darüber hinaus sehen wir eher die Verweisung an geeignete Fachberatungsstellen und an Angebote der Industrie- und Handelskammern.</p> <p>Sollte die Anzeige mit einer Pflicht zum Nachweis einer bestehenden Krankenversicherung oder weiteren Nachweisen verknüpft werden?</p> <p>Nein, da insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund oftmals keine bestehende Krankenversicherung vorweisen können. Die Pflicht eines Nachweises würde diese Menschen in die Illegalität drängen.</p> <p>Welchen Nachweis sollten Prostituierte über die erfolgte Anmeldung erhalten, und wofür könnten sie diesen nutzen?</p> <p>Welche Folgen sollten an einen Verstoß gegen die Anzeigepflicht geknüpft werden?</p>

	Durch welche Stelle bzw. in welcher Form sollten die Meldedaten der Prostituierten aufgenommen bzw. registriert werden? Wie sollten ggf. Auskunftsrechte (z.B. im Vergleich zur Gewerbeauskunft) ausgestaltet werden, um schutzwürdigen Belange von Prostituierten Rechnung zu tragen?
E.	Überwachungs- und Kontrollbefugnisse: Wie sollten die behördlichen Nachschau-, Überwachungs- und Kontrollbefugnisse und -pflichten ausgestaltet werden? (ggf. Regelungsvorbilder aus anderen Gesetzen benennen)
F.	Weitere Regeln für die Ausübung der Prostitution:
F.I.	<p>Mindestalter für eine Tätigkeit in der Prostitution: Sollte ein Mindestalter von 21 Jahren für die Ausübung der Prostitution vorgeschrieben werden? <u>Wenn ja</u>, wie sollte dieses ausgestaltet sein? Sollte es sanktionsbewehrt sein?</p> <p>Wir sind der Auffassung, dass aus der Implementierung eines Mindestalters von 21 Jahren keine Verbesserung für die Zielgruppe resultieren würde. Vielmehr befürchten wir, dass es die betreffenden Menschen in die Illegalität drängen würde. Für die soziale Arbeit wären selbige zudem schlechter erreichbar, ihre Arbeitsbedingungen würden sich in unsichere Rahmenbedingungen verlagern.</p> <p>Bereits aus den Erfahrungen in unserem stationären Jugendhilfebereich für Jungs mit Lebensbezügen zur mann-männlichen Prostitution (Jungen-WG-Nachtfalke) wissen wir, dass der Fokus der Ausstiegsorientierung in der Arbeit mit Minderjährigen vielfach nur sehr schwer umsetzbar ist: So erfolgt unsere Hilfestellung immer unter dem Vorhaben, mit den jungen Menschen Alternativen zu erarbeiten und sie in bestehende Systeme (Schule etc.) zu reintegrieren. Vielfach sind ihre Biografien aber schon so eng mit der Prostitutionsszene verwoben, dass eine Herauslösung eine große Hürde im Hilfeprozess darstellt. Würden unsere Mitarbeiter ihre Lebensrealität ignorieren oder sanktionieren, würde dies zu einem Abbruch führen. Für Prävention und sozialarbeiterische Hilfestellungen wären sie nicht mehr erreichbar.</p>
F.II.	<p>Kondompflicht: Befürworten Sie eine rechtliche Verpflichtung zur Verwendung von Kondomen für (weibliche und männliche) Prostituierte und deren Kunden?</p> <p>Wie die Deutsche AIDS-Hilfe (DAH) halten wir eine Kondompflicht ebenfalls nur für eine Scheinlösung. Die Prävention in Deutschland ist im europäischen Vergleich so erfolgreich, weil sie eigenverantwortliches Handeln fördert. Kriminalisierung und staatliche Repressionen sind kontraproduktiv. Unseres Erachtens würde eine Kondompflicht nicht die Nachfrager von sexuellen Dienstleistungen sondern wieder einmal die Prostituierten treffen und erneut zu einer Kriminalisierung von Frauen und Männer in der Prostitution beitragen.</p>

	<p>Sinnvolle Präventionskonzepte im Bereich der Prostitution sollten in erster Linie auf Professionalisierung der Sexarbeiter_innen abzielen um "Safer-Work-Strategien" zu etablieren und die Handlungskompetenz der Prostituierten in der Begegnung mit Freiern zu stärken. Hierbei gilt es die rudimentär im Bereich der weiblichen Prostitution vorhandenen Professionalisierungsangebote für die Zielgruppe der mann-männlichen Prostituierten weiterzuentwickeln und durchzuführen. Eine Konzeption zur Professionalisierung von mann-männlichen Prostituierten insbesondere im Bereich Social Media, Prostitutionsgesetz und Präventionsstrategien liegt der DAH vor.</p> <p>Die mann-männliche Prostitution und die Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen (Freier sein) ist eines der letzten Tabuthemen der schwulen Szene. Erste aktuelle Ansätze zur Enttabuisierung von männlichen Prostituierten und Freiern im Rahmen des diesjährigen Schwerpunktthemas „Sex4Cash – Mit Offenheit zu mehr Respekt und Schutz“ der Präventionskampagne „Ich weiß was ich tu!“ der Deutschen AIDS-Hilfe e.V. (DAH) gilt es flächendeckend in die HIV/STI-Präventionsarbeit zu integrieren. Dabei ist eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen AIDS-Hilfen und Facheinrichtungen der mann-männlichen Prostitution (AKSD – Arbeitskreis der Stricherprojekte in Deutschland) dringend zu empfehlen.</p> <p>Prävention im Bereich Prostitution muss dabei auch auf die Männer zielen, die sexuelle Dienstleistungen von Sexarbeitern in Anspruch nehmen. Sogenannte „Freierarbeit“ fehlt fast vollständig und es gibt kaum sozialwissenschaftliche Erkenntnisse zu „Freiern“. Eine durch die Aidshilfe NRW im Rahmen der zielgruppenspezifischen Mittel des Landes NRW beantragte „Freierstudie“ konnte bisher nicht umgesetzt werden.</p> <p>Wenn ja, sehen Sie <u>bundesgesetzlichen</u> Regelungsbedarf?</p>
F.III	<p>Werbung für sexuelle Dienstleistungen: Befürworten Sie ein Verbot der Werbung für ungeschützten Geschlechtsverkehr? Sehen Sie sonstigen Gesetzgebungsbedarf im Zusammenhang mit Werbung für Prostitution?</p> <p>Bezüglich der Bewerbung von sexuellen Dienstleistungen schließen wir uns der Forderung von bufaS hinsichtlich der Streichung der §§ 119 und 120 OWiG an. Zur Gleichstellung mit anderen Gewerbetreibenden gehört auch das Recht, für die angebotene Dienstleistung adäquat werben zu können. Das Werbeverbot für eine ganze Berufssparte verbietet nicht nur die aktive Bewerbung einer Tätigkeit, sondern auch die gezielte Bewerbung von Sexualpraktiken. Damit behindert das Verbot die Möglichkeit, für geschützten Sex werben zu können oder beispielsweise eine besonders gute Ausstattung eines Arbeitsplatzes bekannt zu machen. Mit der Streichung der §§ 119 und 120 OWiG wird endlich auch den Sexarbeiter_innen die Möglichkeit einer adäquaten Bewerbung ihrer Dienstleistung gegeben. Dies verbessert die Möglichkeiten für Sexarbeiter_innen, selbstorganisiert, selbstbestimmt und unabhängig von Prostitutionsbetrieben zu arbeiten.</p>

	<p>Darüber hinaus ist die Streichung längst überfällig, um dem Anspruch auf uneingeschränkte Berufsausübung auch für Sexarbeiter_innen im Sinne des ProstG gerecht zu werden: Mit dem Inkrafttreten des ProstG sind die Ausübung der Prostitution und damit in Zusammenhang stehende Rechtsgeschäfte nicht mehr als schlechthin sittenwidrig anzusehen. Diese Rechtsauffassung wurde bereits durch ein Urteil des Bundesgerichtshofes zu beanstandeten Zeitungsanzeigen vertreten. Ein generelles Verbot jeglicher Werbung für entgeltliche sexuelle Handlungen i.S. § 120 Abs. 1 Nr.2 OWiG hatte der Bundesgerichtshof als nicht länger anwendbar gewertet. (BGH I ZR 231/03)</p> <p>Für den mann-männlichen Bereich der Prostitution würden wir zugleich auf die Erfahrungen aus der zielgruppenspezifischen HIV-Prävention in Deutschland verweisen. Ein Verbot von HIV/STI-riskanten Sexualpraktiken wie ungeschützter Analverkehr halten wir für kontraproduktiv, hier gilt es Anbieter und Nachfrager über gesundheitliche Risiken aufzuklären und im Sinne eines Empowerments zu stärken selbstverantwortliche Entscheidungen für sich zu treffen.</p>
F.IV.	<p>Sollten verpflichtende Gesundheitsuntersuchungen für Prostituierte vorgesehen werden? <u>Wenn ja</u>, in welcher Weise und mit welcher Zielsetzung?</p> <p>Im Bereich der mann-männlichen Prostitution belegen unsere Erfahrungen, dass es über niedrigschwellige Beratungs- und Testangebote in Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Gesundheitsdienst sehr gut möglich ist mann-männliche Prostituierte, welche bestehende Facheinrichtungen in Anspruch nehmen bzw. von diesen betreut werden, mit Untersuchungsangeboten insbesondere im Hinblick auf HIV/STI zu erreichen. Folgenden Punkte halten wir für klärungsbedürftig:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Aufgrund des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) ist nach § 19 „Aufgaben des Gesundheitsamtes“ in besonderen Fällen zwar die Behandlung von sexuell übertragbaren Krankheiten wie Gonorrhoe und Syphilis auch bei männlichen Prostituierten ohne Krankenversicherungsschutz in der Regel sicherzustellen. Eine Behandlung von HIV als chronische Erkrankung ist allerdings nicht zu gewährleisten, dies ist aus unserer Sicht ein nicht zu akzeptierender Zustand, da neben der notwendigen Stabilisierung des Gesundheitszustandes des männlichen Prostituierten mit HIV die medikamentöse Behandlung zu einer Reduzierung der Infektiosität des Patienten führt und damit einen präventiven Beitrag leisten könnte. 2. Mann-männliche Prostituierte, welche ihre sexuellen Dienstleistungen ausschließlich über virtuelle Medien anbieten, bilden eine für Fachberatungsstellen schwer erreichbare Zielgruppe. Hier gilt es mittels sozialwissenschaftlicher Forschungen (Escort-Studie wurde im Land NRW beantragt und abgelehnt, dieser Antrag liegt zurzeit der DAH vor) Erkenntnisse zur Lebenssituation zu ermitteln und Zugänge herauszuarbeiten, um anonyme Test-, Beratungs- und Behandlungsmöglichkeiten für diese Gruppe nutzbar zu machen. Die über zielgruppenspezifische Mittel des Landes NRW im Jahr 2008 finanzierte „Stricherstudie zur Lebenslage von Strichern im östlichen Ruhrgebiet“ konnte in einem geringen Umfang die Rolle des Internets für die mann-

männliche Prostitution beleuchten. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die befragten Callboys im Vergleich zu Strichern eher in sozial sicheren Verhältnissen leben, sie eher gut gebildet sind, über gute Kenntnisse zu HIV-Übertragungswegen verfügen und geringere, aber trotzdem noch hohe Übertragungsrisiken von HIV und anderen sexuell übertragbaren Erkrankungen eingehen. Ihre gesundheitliche Vorsorge ist besser als die der Stricher, jedoch beschreiben auch sie einen ungenügenden Zugang zu gesundheitlichen und sozialen Einrichtungen. Hilfebedarf formulieren sie insbesondere in den Bereichen Berufsausbildung, Existenzsicherung und Schuldenregulierung.

3. Die personelle und finanzielle Ausgestaltung von niedrigschwelligen Test-, Beratungs- und Behandlungsangeboten im Hinblick auf § 19 IfSG ist nicht geregelt und obliegt somit der jeweiligen Finanzsituation der Kommunen und deren Engagement im Hinblick auf eine immer noch tabuisierte Zielgruppe der mann-männlichen Prostituierten. Hier gilt es Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um die Sicherstellung eines anonymen, freiwilligen Angebotes von Beratungs- und Testangeboten zu ermöglichen.

Hinsichtlich einer Zwangsuntersuchung für männliche Prostituierte schließen wir uns darüber hinaus dem Positionspapier der Amtsleiter der Großstadtgesundheitsämter (Frankfurt, Köln, Düsseldorf, Dortmund, Essen, Bremen, Nürnberg, Dresden, Hannover, Leipzig, Stuttgart) und des Fachausschusses Infektionsschutz des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD e. V.) an. Für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) insgesamt ist diese Diskussion sehr bedeutsam, da sie das an den Gesundheitsämtern angesiedelte, anonyme, leicht zugängliche Angebot von Beratung und Untersuchung, welches auf Vertrauen und der Eigenverantwortung der Betroffenen basiert, unmittelbar berührt. Daher werden die Sinnhaftigkeit einer Wiedereinführung der Pflichtuntersuchung auf STI für Prostituierte unter gesundheitspolitischen Aspekten einer Überprüfung unterzogen und zusätzlich die Situation vor 2001 sowie unter IfSG-Bedingungen noch einmal kritisch gewürdigt.

Die Ergebnisse dieser Analyse lauten:

1. Eine Untersuchungspflicht für Prostituierte ist keine geeignete Maßnahme zur Eindämmung der Ausbreitung von STI!
2. Eine Untersuchungspflicht ist nicht notwendig, um die Verbreitung von STI zu verhindern!
3. Eine Untersuchungspflicht ist auch nicht angemessen, d.h. sie schadet mehr als dass sie nützt!
4. Die geforderte Untersuchungspflicht und die weiteren in diesem Zusammenhang geforderten Maßnahmen stehen nicht in Übereinstimmung mit geltenden Rechtsnormen!
5. Die Ziele einer Pflichtuntersuchung liegen außerhalb des Infektionsschutzes!

Aus all diesen Gründen hält der öffentliche Gesundheitsdienst die erneute Einführung der Untersuchungspflicht auf sexuell übertragbare Infektionen (STI) für Prostituierte nicht für sinnvoll.

F.V.	Sollten sonstige Regelungen für die Ausübung der Prostitution vorgesehen werden; und wenn ja welche?
F.VI.	<p>Zugang zu Beratung: Kann der Zugang von Menschen in der Prostitution zu gesundheitlichen und sozialen Beratungsangeboten <u>gesetzlich</u> gestärkt werden und wenn ja, durch welche Regelungen? Sehen Sie hierzu Gesetzgebungsbedarf auf Bundesebene?</p> <p>Eine flächendeckende Förderung und Ausweitung der bisher nur in wenigen Großstädten vorhandenen Einrichtungen für mann-männliche Prostituierte sind notwendig. Bestehende Facheinrichtungen für mann-männliche Prostituierte leisten bereits hervorragende Arbeit und sind jedoch oft von Kürzungen oder Schließung bedroht. Gesetzliche Regelungen, die die Finanzierung und Unterhaltung dieser Angebote vorschreiben wären wichtig zur Sicherung und zum Ausbau der Angebote. Eine finanzielle Förderung von notwendiger Entstigmatisierungs-, Lobby und Vernetzungsarbeit sowie die Ausweitung der Beratungsarbeit im virtuellen Bereich (info4escort) ist dringend geraten.</p> <p>Der niedrighschwellige Zugang zu medizinischer Versorgung, hier insbesondere zu kostenloser Behandlung von sexuell übertragbaren Infektionen – insbesondere auch von HIV-Infektionen - muss sichergestellt werden. Angebote zur Gesundheitsförderung sollten durch Unterstützungsangebote sowohl im Richtung Professionalisierung, Sozial-, Rechts-, Einstiegs- und Umstiegsberatung ergänzt werden.</p>
G	<p>Rechtsverhältnis zwischen Prostituierten, Betreibern und Kunden:</p> <p>Sehen Sie – in Ergänzung der geltenden Regelungen – gesetzgeberischen Klarstellungsbedarf im Rechtsverhältnis zwischen Prostituierten, Betreibern und Kunden; z.B. hinsichtlich der Präzisierung der Grenzen des Weisungsrechts oder zu sonstigen Aspekten?</p>
H.	<p>Kommunaler Gestaltungsrahmen und räumliche Vorgaben für die Prostitution:</p> <p>Sehen Sie <u>gesetzgeberischen</u> Bedarf auf <u>Bundesebene</u> hinsichtlich der kommunalen bzw. regionalen Gestaltungsmöglichkeiten für die Bereiche, in denen der Prostitution nachgegangen werden darf? (z.B. Sperrgebiete, Bauplanungs-/ Baunutzungsrecht, Ausgestaltung des Straßenstrichs etc.)</p> <p>Hinsichtlich der Sperrgebietsverordnung möchten wir auf den entsprechenden „Wahlbaustein 2013“ von bufaS hinweisen, den wir an dieser Stelle als unsere Haltung übernehmen. Mit Sperrgebietsverordnungen werden per derzeit gültigem Gesetz die Orte festgelegt, an denen Prostitution nicht ausgeübt werden darf. Bis auf wenige Ausnahmen haben alle größeren Städte Sperrgebietsverordnungen, die auch zeitliche Beschränkungen der Prostitutionsausübung beinhalten oder bestimmte Formen (Straße, Gaststätten, Hotels, Escort, Wohnungen, Bordelle und Clubs) der Prostitution ausschließen können. Selbst die diskreteste Form der Prostitution überhaupt – Frauen und Männer, die in ihren Wohnungen durch Zeitungsinserate geworbene Gäste empfangen – ist verboten. Wer gegen diese Verordnung verstößt, muss mit einem Bußgeld und im Wiederholungsfall sogar mit Geld- oder Haftstrafe rechnen (§184e StGB).</p>

	<p>Durch Sperrgebietsverordnungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - wird die freie Wahl des Berufes und des Arbeitsplatzes gemäß Art. 12 GG eingeschränkt, - wird die Sexarbeit abgedrängt in abgelegene Gebiete, die lebensgefährdende und menschenunwürdige Arbeitsplätze sind, - erhöht sich die Gefahr krimineller Übergriffe auf Sexarbeiter_innen, - kommt es zu einer künstlichen Verknappung legaler Arbeitsmöglichkeiten, - werden wirtschaftliche Ausbeutung (z.B. Wuchermieten, Standgeld) durch Monopolisierung von Prostitutionsbetrieben gefördert, - erhöht sich der Konkurrenzdruck unter den Sexarbeiter_innen, - das eigenständige, unabhängige Arbeiten einzelner Sexarbeiter_innen wird verhindert - werden Sexarbeiter_innen kriminalisiert. <p>Durch die Einführung des Prostitutionsgesetzes findet heute eine andere Bewertung von Sexarbeit statt, die sich auch in einer veränderten Praxis im Hinblick auf den Erlass und die Durchsetzung von Sperrgebietsverordnungen äußern muss.</p> <p>Das Argument, „die Jugend und der öffentliche Anstand“ müssten vor der Konfrontation mit käuflicher Sexualität geschützt werden, ist im Hinblick auf die in unserer Gesellschaft heutzutage überall öffentlich präsentierte Sexualität (Zeitschriften, Kinos, Werbung, Fernsehen, Internet) weltfremd und unzeitgemäß.</p>
I.	<p>Schnittstellen zum Strafrecht: Inwieweit sehen Sie im Kontext der Regulierung von Prostitution ergänzenden strafrechtlichen Anpassungsbedarf?</p> <p>Wir sind der Auffassung, dass die bestehenden Regelungen des StGB ein ausreichendes strafrechtliches Repertoire bieten. Weitere Sondergesetze lehnen wir ab. Selbige stellen unseres Erachtens eher eine weitere Form der Diskriminierung dar.</p> <p>Einen speziellen Straftatbestand für Freier lehnen wir entschieden ab. Aufgrund unserer Erfahrungen spielt das Thema Menschenhandel im Bereich der mann-männlichen Prostitution eine unterordnete Rolle.</p> <p>Wie bereits an anderer Stelle beschrieben würden wir uns im Bereich der mann-männlichen Prostitution eine Enttabuisierung des Themas „Freier“ wünschen und halten „Fair-Play“-Strategien insbesondere auch im Hinblick auf HIV/STI-Prävention und bei der Aufdeckung möglicher Menschenhandelsfälle eher für geeignet.</p>
J.	Weiterer Regelungsbedarf: Sehen Sie Regelungsbedarf zu weiteren Aspekten?
K.	Regelungsstandort; Vollzug; Länderregelungen:

	<p>An dieser Stelle möchten wir auf den Runden Tisch Prostitution in NRW aufmerksam machen, der im Jahr 2010 eingerichtet wurde und inzwischen seine Arbeit abgeschlossen hat. Der Motor für das Zustandekommen des Runden Tisches lag darin, ein Handlungskonzept für die landesweite Umsetzung des Prostitutionsgesetzes zu erarbeiten. Es zeigt sich, dass dieser innovative und partizipative Ansatz über die Grenzen von NRW ausstrahlt.</p> <p>Sollte die Regulierung des Prostitutionsgewerbes in einem eigenen Gesetz verankert werden? Oder ist eine Eingliederung in bestehende Gesetze vorzuziehen?</p> <p>Gibt es Regulierungsbereiche, die den Ländern überlassen bleiben sollten? Welche?</p> <p>Hier sei auf die Stellungnahme der DAH verwiesen: Ein erweitertes ProstG sollte bundesweit auch auf lokaler Ebene entsprechend umgesetzt werden.</p> <p>Welche Behörden sollten für die Umsetzung zuständig sein?</p>
L.	<p>Zusammenfassend: Welche gesetzlichen Regelungen sind besonders wichtig bzw. unverzichtbar?</p> <p>Entsprechend der Position der DAH wir ebenfalls keine Abschaffung des ProstG sondern eine Ergänzung bzw. Änderung zur rechtlichen und sozialen Gleichstellung von Sexarbeiter(inne)n mit anderen Erwerbstätigen. Dazu müssen viele Regelungen in den unterschiedlichsten Gesetzen angepasst werden.</p>
M.	<p>Flankierende Maßnahmen außerhalb der Bundesgesetzgebung: Welche sonstigen Maßnahmen halten Sie für notwendig, um die psychosoziale Beratung, die gesundheitliche Beratung und Versorgung von Menschen in der Prostitution zu verbessern, um den Ausstieg aus der Prostitution zu erleichtern bzw. für Menschen in der Prostitution die berufliche Umorientierung zu unterstützen und um Menschen in der Prostitution in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu stärken?</p> <p>Wir sehen im Kontext der mann-männlichen Prostitution eine enorm hohe Mobilität der Zielgruppe. Insbesondere professionelle Escorts arbeiten standortunabhängig, vielfach sogar über die Grenzen der BRD hinaus. Im Kontext sozialer Dienstleistungen werden vielfach nur Angebote refinanziert, welche Klienten der jeweiligen Kommune betreuen. Die Lebenswirklichkeit von Prostituierten ist jedoch anders. Zudem bestehen nur in sehr wenigen Städten entsprechende Facheinrichtungen.</p> <p>Dazu ist es auch wichtig, Möglichkeiten der Online-Beratung in die bestehende Beratungslandschaft zu integrieren. Ein Beispiel hierfür</p>

	ist die Beratungstätigkeit von info4escorts. Wünschenswert wäre eine Finanzierung für dieses Angebot, da es bisher von einigen Stricher-Projekten selbst getragen wird. Siehe auch Ausführungen F.VI.
N.	Sonstige Anmerkungen